Dezernat IV/Vavouras, Christos

LANDKREIS
LUDWIGSBURG

Vorlage SoA_06/2024
zur öffentlichen Sitzung des
Sozialausschusses
am 06.05.2024

Anlage
1: Jahresbericht Pflegestütz-
punkt 2023

An die
Mitglieder
des Sozialausschusses

Jahresbericht 2023 des Pflegestützpunktes im Landkreis Ludwigsburg
- schriftlicher Bericht -

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzungsdatum**	**Öffentlichkeitsstatus**
Sozialausschuss	Kenntnisnahme	06.05.2024	öffentlich

Klima-Auswirkung:

Gesamtergebnis des KlimaChecks:	**Teilergebnis(se) des KlimaChecks**:
Bei Verwendung des derzeitigen Tools konnte bei dieser Vorlage keine Klimaauswirkung festgestellt werden.	
Begründung / Einordnung / Alternativen-Prüfung:	

Sachverhalt und Begründung:

Der Pflegestützpunkt im Landratsamt Ludwigsburg (PSP) besteht seit 2011 und wird gemeinsam mit den Kranken- und Pflegekassen getragen. Es gibt fünf Standorte: Ludwigsburg, Bietigheim-Bissingen und Landratsamt mit den Außenstellen in Besigheim und in Vaihingen an der Enz sowie die Außensprechstunden in Kornwestheim und Gerlingen. Der Jahresbericht liegt als Anlage 1 bei.

Die Arbeit im Pflegestützpunkt im Jahr 2023 kann mit folgenden Ergebnissen zusammengefasst werden:

1. Insgesamt waren im Jahr 2023 zuletzt 7,85 VZÄ beschäftigt, das entspricht 2,15 VZÄ weniger als die in der Konzeption vereinbarten 10 VZÄ. Bei Engpässen hat die Leitung des Pflegestützpunktes im operativen Bereich unterstützt. Die unbesetzten Stellen befanden sich in Pflegestützpunkt Landratsamt und Pflegestützpunkt Ludwigsburg.
2. Die Nachfrage an Beratung ist stabil auf hohem Niveau geblieben. Insgesamt wurden 7202 Kontakte erfasst, davon waren 6575 anonyme Kontakte/Kurzberatungen mit zusätzlichen 401 Netzwerkkontakten sowie 226 Case-Management Kontakte (81 Fälle). Bei Kurzberatungen konnte im nördlichen Landkreis eine Steigerung von 12,2 % erzielt werden.
3. Die landesweite Evaluation der Arbeit der Pflegestützpunkte durch das IGES Institut hat begonnen. Diese beinhalteten Fragebögen für Mitarbeitende und Betroffene sowie eine Fokusgruppe. Ziel ist ein weiterer Ausbau der dezentralen Versorgungslandschaft.
4. Die Versorgungslandschaft mit seinen Angeboten und Diensten ist nach wie vor im Landkreis Ludwigsburg nicht ausreichend. Es besteht weiterhin eine hohe Nachfrage an Dauer- und Kurzzeitpflege. Das Thema Demenz bleibt ein wichtiges Beratungsthema. Die wenigen Plätze im beschützten Bereich, die für Auszeiten von pflegenden Angehörigen wichtig sind, sind häufig belegt. Eine weitere Herausforderung ist die kurzfristige Bereitstellung von Kurzzeitpflegeplätzen. Die planbaren Auszeiten für Angehörige sowie die Eröffnung neuer Leistungsanbieter zeigen spürbare Verbesserungen und sind wichtige Angebote in der Versorgungslandschaft. Planbare Auszeiten ermöglichen auch in Akutfällen einen Kurzzeitpflegeplatz, sofern das Enddatum definiert wird. Anfragen im Bereich Hilfe zur Pflege haben zugenommen. Gründe hierfür sind die Verunsicherung bzgl. der Finanzierung des Eigenanteils in der Kurzzeit- und Dauerpflege sowie die Voraussetzungen der Inanspruchnahme. Insgesamt lässt sich sagen, dass die Komplexität der Beratungsthemen zugenommen hat und in Erstberatungen mehrere Themen Inhalt der Beratung sind.
5. Der Pflegestützpunkt erarbeitet derzeit eine Konzeption für die bevorstehenden Pflegeforen im Rahmen der Kommunalen Pflegekonferenz. Hier sollen Bedarfe in Hinblick auf Wohn- und Pflegeformen sowie Angebote für die soziale und pflegerische Versorgung ermittelt sowie die sektorenübergreifende Zusammenarbeit aller relevanten Akteure gestärkt werden.
6. Die Kommission Pflegestützpunkte Baden-Württemberg hat das Leistungsverzeichnis überarbeitet. Grund hierbei war die nicht eindeutigen Definitionen der einzelnen Beratungsangebote, wodurch es zu einem unterschiedlichen Verständnis im Arbeitsalltag gekommen ist. Das Leistungsverzeichnis soll ab 2025 verbindlich für alle Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg gelten.
7. In Bezug auf die Digitalisierung ist die Umsetzung des neuen Fachverfahrens geplant. Mit der Umsetzung auf das Nachfolgeprogramm soll im zweiten Quartal 2024 begonnen werden, um den Anforderungen des Leistungsverzeichnisses gerecht zu werden.